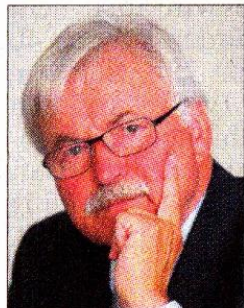


„Für das vereinte Europa richtiges Gift“

MdL Kobler startet Antragsinitiative für Feuerwehrführerschein bei grenzüberschreitenden Einsätzen

Passau/München. Für Verwunderung bis hin zu ungläubigem Kopfschütteln sorgte der PNP-Bericht vom Freitag über die fehlende Anerkennung des Feuerwehrführerscheins bei grenzüberschreitenden Einsätzen. Der Vorsitzende der Europa-Union Niederbayern, MdL Konrad Kobler, schaltete gleich am Freitag Innenminister Joachim Herrmann ein und startete nach Rücksprache mit den Ausschuss-Kolleginnen und Kollegen der CSU außerdem eine entsprechende Antragsinitiative im Landtag.

„Mir war klar, dass hier noch Handlungsbedarf besteht“, meinte Konrad Kobler in einer Pressemit-



Konrad Kobler

teilung. Dass es aber so akut sei und die Feuerwehrkameraden bei der bewährten gegenseitigen Hilfe mit einem Bein quasi im Gefängnis stünden und keinerlei Versicherungsschutz hätten, das sei ihm in dieser Deutlichkeit noch neu gewesen.

In einem schon an den bayerischen Innenminister abgeschickten Brief verwies Kobler auf die entsprechende Antragsinitiative

der CSU-Mitglieder im Europaausschuss des Landtags. Darin wird die bayerische Staatsregierung aufgefordert „umgehend bilaterale Verhandlungen mit Österreich und Tschechien aufzunehmen“. Gefordert wird inhaltlich, dass der so genannte „Feuerwehrführerschein“ gegenseitige, grenzüberschreitende Anerkennung finden und außerdem für die eingesetzten Feuerwehrkräfte beidseits der Grenze voller Versicherungsschutz geschaffen werden müsse. Über die Ergebnisse der Verhandlungen sei dem Landtag binnen drei Monaten Bericht zu erstatten.

„Für ein vereinigtes Europa sind solche formalistischen Defizite richtiges Gift“, schreibt Kobler in

dem Brief an den Innenminister weiter. Sowohl „wir Bayern“ als auch die Österreicher und die Freunde in Tschechien seien auf die bereitwillige und sachkundige gegenseitige Hilfe im grenznahen Raum angewiesen. In Passau bekomme man das in regelmäßigen Abständen bei Hochwässern zu spüren, und sei mehr als dankbar für den Einsatz der Feuerwehrkameraden aus Freinberg, Schardenberg oder Schärding. Rechtlich sei eine „wasserdichte Lösung“ überfällig. Die Feuerwehrleute dürften nicht „im Dunstkreis der Illegalität“ agieren müssen und bei einem Unfall möglicherweise auch noch auf den Arzt- oder Krankenhauskosten sitzen bleiben. – str